

<https://www.zlv.lu/db/1/1494405944851>

Zeitung vum Letzebuurger Vollek, Luxemburg; 10. August 2021

»Feuer für Feuer« - Verschärfte Spannungen in und um den Libanon. Hisbollah warnt Israel vor einer militärischen Eskalation

von Karin Leukefeld

Nach einem mehrtägigen Raketen-Schlagabtausch an der südlichen Grenze des Libanon hat sich der Vorsitzende der libanesischen Hisbollah, Hassan Nasrallah, am Samstagabend zur Lage geäußert. Die Hisbollah sei nicht an einem Krieg interessiert, sagte Nasrallah in einer Rede, die vom Nachrichtensender Al Manar, der der Hisbollah nahe steht, übertragen wurde. Allerdings werde man nicht zulassen, daß Israel das errungene »Gleichgewicht des Schreckens« verändere.

Die aktuelle Eskalation hatte am Mittwoch mit Raketenbeschuß aus dem südlichen Libanon begonnen. Die Raketen schlugen in dem von Israel annektierten Gebiet Palästinas südlich der »Blauen Linie«, einer von der UNO überwachten israelisch-libanesischen Waffenstillstandslinie nahe der Siedlung Kiryat Shmona ein. Die Siedlung liegt im fruchtbaren Hula Tal am Fuße der Golan-Höhen und war 1949 auf dem Boden des ursprünglichen palästinensischen Ortes Al Khalisa entstanden. Dessen Bewohner waren im Mai 1948 von angreifenden jüdischen Haganah-Milizen vertrieben worden.

Aus israelischen Sicherheitskreisen hieß es, insgesamt seien drei Raketen im Süden Libanons abgefeuert worden – angeblich von namentlich nicht genannten »palästinensischen Gruppen«. Die Israelische Armee reagierte mit Artilleriebeschuß, gefolgt am Tag darauf von massiven Angriffen der israelischen Luftwaffe auf den Süden des Libanon. Ziel war nach libanesischen Angaben Agrarland und unbewohntes Gebiet. Die Hisbollah reagierte daraufhin mit dem Abschuß von 122-mm-Raketen auf Stellungen der israelischen Armee im Gebiet der – von Israel besetzten – Sheeba-Höfe, wie es in einer Hisbollah-Erklärung am Freitag hieß. Der Beschuß sei eine »Antwort auf die Angriffe der israelischen Luftwaffe auf unbewohnte Gebiete im Süden Libanons« am Tag zuvor. Die meisten der Raketen wurden vom israelischen Luftabwehrsystem »Eiserne Kuppel« abgefangen. Die USA-Armee hatte Israel für das System »Iron Dome« mit Patriot-Raketen ausgestattet.

Ein israelischer Armeesprecher erklärte, Israel sei »nicht an einer Ausweitung des Konflikts interessiert und wolle keinen Krieg beginnen«. Man werde aber verhindern, daß die Grenze zu einer »aktiven Frontlinie« wird. Die israelische Luftwaffe werde ihre »Lufthoheit über dem Südlibanon aufrechterhalten«.

Nasrallah: Militärische Einsatzregeln gelten

»Was in den vergangenen Tagen geschehen ist, war sehr gefährlich und ist eine Entwicklung, die es seit 15 Jahren nicht gegeben hat«, sagte Hisbollah-Präsident Nasrallah am Sonntag im Nachrichtensender Al Manar mit Verweis auf den Krieg mit Israel im Sommer 2006. Die »wichtigste strategische Errungenschaft« des damaligen Krieges sei gewesen, daß Israel das erzielte »Gleichgewicht des Schreckens« akzeptieren müsse. »Wir werden nicht zulassen, daß diese Einsatzregeln für die Streitkräfte geändert werden«, sagte Nasrallah in seiner gewohnten, unaufgeregten und deutlichen Art.

Auf den israelischen Luftwaffenangriff auf unbewohntes Gebiet im Südlibanon habe man direkt reagieren müssen: »Wir haben uns für den Beschuß von unbewohntem Gebiet während des Tages entschlossen. Unsere Reaktion war überlegt. Wir haben eine Erklärung veröffentlicht und die Verantwortung für die Operation übernommen«, betonte Nasrallah. »Feuer für Feuer« – darauf werde Israel sich einstellen müssen.

An die israelische Armee gewandt warnte Nasrallah, sie sollten die Hisbollah nicht unterschätzen. Man sei zwar mit den dringenden innenpolitischen Problemen im Libanon konfrontiert, es gebe auch Streit unter den Libanesen und den Versuch, die Bevölkerung gegen die Hisbollah aufzuhetzen. Gleichwohl werde man die »Verantwortung, unser Volk zu verteidigen« nicht vernachlässigen. »Setzen Sie nicht auf den Existenzdruck, unter dem die libanesische Bevölkerung steht«, sagte er an die israelischen Politiker gewandt. Es wäre »ein großer Fehler«, einen neuen Krieg gegen den Libanon zu beginnen.

Hassan Nasrallah ging auf zahlreiche Themen ein, die im Libanon kontrovers diskutiert und vom westlichen Ausland gegen den Libanon vorgebracht werden. Die Verantwortung für die Explosion im Hafen von Beirut dürfe nicht politisch instrumentalisiert werden, auf Provokationen – wie die Morde bei einer Hochzeit in Khalde und die anschließenden Morde bei der Beerdigung des Todesopfers – werde Hisbollah nicht reagieren. Die Verantwortlichen seien Kriminelle, die Taten müßten von der Justiz gesühnt werden. Die Hisbollah versuche alles, um die Lebensbedingungen im Libanon zu verbessern und den Menschen zu helfen. Man arbeite mit anderen daran, die schwierige politische Lage zu verbessern.

Israel erhöht den Druck

Der israelische Ministerpräsident Naftali Bennett warf laut dpa dem Iran und der Hisbollah vor, die Bevölkerung des Libanon in eine »Front gegen Israel verwickeln« zu wollen. Israel akzeptiere »keinen Beschuß seines Territoriums«, sagte Bennett am Sonntag. »Der Libanon und seine Armee« müßten die Verantwortung für das übernehmen, was in ihrem »Hinterhof« passiere.

Bei dem »Hinterhof« handelt es sich um den Südlibanon, der seit 1982 von Israel besetzt war und im Jahr 2000 militärisch von der Hisbollah befreit wurde. Die libanesische Armee ist finanziell von den USA und deren europäischen NATO-Partnern sowie von Saudi Arabien abhängig und gar nicht in der Lage, den Libanon zu verteidigen. Sie verfügt weder über ein Luftabwehrsystem noch über eigene Luftstreitkräfte. Den militärischen Schutz des Landes gegen Israel und in den letzten Jahren auch gegen den Islamischen Staat leistet die Hisbollah.

Israel nutzt den libanesischen Luftraum seit Jahren völkerrechtswidrig für Angriffe in Syrien. Proteste der libanesischen Regierung beim UNO-Sicherheitsrat bleiben folgenlos.

Die beste Möglichkeit, an der »nördlichen Grenze« den Frieden zu sichern sei es, die Forderungen des Libanon nach internationaler Finanzhilfe zu unterstützen, riet der frühere israelische Generalmajor Giora Eiland in einem Kommentar in der englischsprachigen israelischen Internetzeitung »Ynet-News«, die zur Mediengruppe der Tageszeitung »Yedioth Ahronoth« gehört. Die Finanzhilfen müßten allerdings mit der Bedingung verknüpft werden, daß die militärische und politische Macht der Hisbollah reduziert werde. Der Libanon müsse weiterhin für alles, was an der

Grenze geschehe, verantwortlich gemacht werden.

General Eiland diente in den israelischen Streitkräften während des Krieges 1967, während des einwöchigen Einmarsches 1978 in den Südlibanon, der »Operation Litani«, sowie beim israelischen Einmarsch in den Libanon 1982. Er war während der ersten und zweiten Intifadah im Einsatz und er war Nationaler Sicherheitsberater. Heute ist er am israelischen Institut für Studien der Nationalen Sicherheit (INSS) tätig.

Hybrider Krieg in der Levante

Beobachter der Lage im Libanon und der angespannten Situation mit Israel in der Region, halten einen offenen, umfassenden Krieg nicht für wahrscheinlich. Für alle Seiten sei ein Krieg zu teuer, gab der langjährige Kriegskorrespondent Mohammad Ballout im Gespräch mit der Autorin zu bedenken. Nicht nur der Libanon, die gesamte Region sei mit hybrider Kriegsführung konfrontiert. Dabei sei »alles erlaubt«, was »unterhalb der Schwelle eines offenen Krieges« sei: Geldzahlungen, um Einfluß auf Politik, Medien und zivilgesellschaftliche Gruppen zu nehmen. Medienberichte und Kampagnen gegen die politischen Gegner zu lancieren, Beeinflussung der öffentlichen Meinung über das Internet und »soziale Medien«, Verbreitung von Falschmeldungen, Telefonüberwachungen und Mittel der Cyberkriegsführung. Dabei würden beispielsweise Viren in Computersystemen wichtiger Versorgungsbetriebe platziert, um diese zu zerstören oder zu sabotieren. Zu diesen »sanften« Kriegswaffen zählten auch die wirtschaftlichen Sanktionen von EU und USA und Morde durch unbekannte Täter, berichtet Mohammad Ballout.

Diese Art ausländischer Intervention habe nach der Explosion im Hafen von Beirut große Ausmaße angenommen und richte sich fast ausschließlich gegen die Hisbollah, die nicht nur militärisch, sondern auch politisch in Parlament und Regierung stark ist. Unmittelbar nach der Explosion im Hafen von Beirut hatten große ausländische und libanesische Medien verbreitet, Hisbollah habe das Ammoniumnitrat im Hafen gelagert, um es im Krieg in Syrien einzusetzen. Die Organisation wies das zurück.

Zahlreiche Regierungen, Stiftungen und internationale Nichtregierungsorganisationen lancierten Kampagnen gegen die Hisbollah und machten die Organisation für die Ermordung des Verlegers Lokman Slim verantwortlich, einen erklärten Gegner der Hisbollah. Auch das wurde von der Organisation zurückgewiesen. Zivilgesellschaftliche Organisationen würden mit Geld aus den USA, der EU und anderen Ländern finanziert, um – im Sinne der Geldgeber – Einfluß auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen.

Die bei der von Frankreich veranstalteten Geberkonferenz kürzlich gesammelten 370 Millionen US-Dollar sind für die Finanzierung von Hilfsprojekten internationaler und libanesischer Organisationen gedacht, nicht zur Unterstützung der geschäftsführenden Regierung von Hassan Diab. Eine Delegation des USA-Finanzministeriums, die sich mit »Terror-Finanzierung« (TFFC) befaßt und für finanzielle Sanktionen gegen andere Länder zuständig ist, traf sich Ende Juli in Beirut denn auch nicht mit Regierungsvertretern, sondern mit »Gesprächspartnern aus dem Finanzsektor und zivilgesellschaftlichen Gruppen«, wie es in einer Presseerklärung der USA-Botschaft in Beirut hieß. Themen der Beratungen waren »Korruption, Geldwäsche und der Kampf gegen Terrorismus«.